

Riesner & Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Elbspree-Blatt
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Nummern-Preis
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 96.

Freitag, 27. April 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Straßla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Ringer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Rastantenstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herm. Schmidt in Riesa.

Bekanntmachung.

Vom 1. Mai d. J. ab ist der jetzt zum Gendarmeriebezirk Glauchitz gehörige Ort **Stremmen** dem Gendarmeriebezirk Großenhain zugetheilt.

Großenhain, den 23. April 1894.

Die Königl. Amtshauptmannschaft.
v. Wilucki.

1199. E.

Mte.

Im Saale des Hotels zum „Kronprinz“ hier sollen

Dienstag, den 1. Mai 1894,

Vorm. 10 Uhr,

58 Flaschen Weiß- und Rothwein, 8 Flaschen Portwein, 1 Sopha, 1 Sophatisch, 1 gelbe Leder, 18 Bände Meyer's Convers.-Lexicon und 1 Regulator mit Schlagwerk gegen sofortige Bezahlung meistbietend versteigert werden.

Riesa, 26. April 1894.

Der Ger.-Vollz. des Kgl. Amtsger.
Estr. Widam.

Tagesgeschichte.

Der Kampf der Landwirthe und Konservativen gegen den Reichsanwalt und seine Presse dauert ungeschwächt fort. Herr von Blög erklärt in der „Korresp. des Bundes der Landwirthe“ eine Erklärung über die Stellung dieses Bundes zur Regierung, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Sie weist den Vorwurf der Demagogie entschieden zurück und erklärt, der Bund werde, „der innersten Ueberzeugung seiner Mitglieder entsprechend von Neuem bereit sein, stets den bewährten Grundsatz zur Geltung zu bringen, die Allerhöchste Person niemals in den Streit der politischen Meinungen hineinzuziehen.“ Weiter lesen wir: „Bei uns ist der Hört für Königstreue und Wahrung der Autorität. Diesen Hört müssen wir schämen und erhalten, denn mit der Landwirtschaft und dem Bauernstande stehen und fallen Thron und Altar. Die jetzige Wirtschaftspolitik untergräbt aber diese Säulen. . . . Ich muß das harte Wort aussprechen: Der tiefere Grund dafür, daß das Vertrauen im Lande zum neuen Kurse geschwunden ist, muß darin gesucht werden, daß überall das Gefühl sich Bahn bricht, daß die Rathgeber der Krone es an der nöthigen Orientierung über den landwirtschaftlichen Nothstand und über die Stimmung im Lande, die ihnen bekannt sein muß, an Allerhöchster Stelle fehlen lassen.“ . . . Welche Vorschläge hat denn die Regierung uns gebracht: Zunächst die Landwirtschaftskammern! Viele behaupten, dies sei das beste Mittel, den Bund zu befestigen. Ich denke anders darüber. Ich bin der Ueberzeugung, daß die deutschen Landwirthe die Nothwendigkeit des Bundes erst recht erkennen werden, da diese Kammern so manche Aufgaben des Bundes, z. B. energische Einwirkung auf die Parlamentswahlen nicht erfüllen können. Der Bund hat bei den letzten Landtagswahlen ja auch die fakultative Einführung der Kammern als seine Forderung hingestellt. Selbstredend können die Landwirtschaftskammern nur dann erfolgreich wirken, wenn das Gesetz die Sicherheit bietet, daß dieselben nicht einfach eine bürokratische Puppe in der Hand eines energischen Ministers werden. Werden solche Garantien geboten, so wird Niemand im Bunde sich gegen die Kammern erklären. Getreu unserer Forderung bin ich bisher für fakultative Einführung eingetreten, weil einige Provinzen einen dahin gehenden Wunsch aufs Dringendste uns ausgesprochen haben. Andere Vorschläge zu Gunsten der Landwirtschaft sind jetzt weder von Seiten der Regierungen, noch von anderen Seiten gekommen. Wir müssen nochmals die Forderung stellen, daß durch die Befestigung baldigst eine wirksame Hilfe der Landwirtschaft gebracht wird. . . . Wir wollen uns höflich und versolgen, wir wollen uns hoffen lassen, und auch ich nehme dies Alles auf mich, so lange das Vertrauen der Hunderttausende von Landwirthen mir verbleibt; denn ich habe die unumstößliche Ueberzeugung, daß der neue Kurs zum Verderben des Vaterlandes führt, so lange er Wege geht, welche die Landwirtschaft und den Bauernstand unrettbar ruinieren müssen.“

Noch schärfer, als es hier geschieht, geht die „Korresp.“, das Organ der konservativen Partei, vor, wenn sie schreibt: „Die „Nordd. Allg. Ztg.“ genießt, wie, ohne Widerspruch zu finden, berichtet worden ist, die hohe Ehre, neben dem amtlichen „Reichsanw.“ als einziges deutsches Presseorgan auf den Arbeitstisch des Kaisers gelegt zu werden. Unter kaiserlicher Herr wird also über die Bestrebungen und die Bestimmungen der konservativen Partei systematisch belogen. Wollen die kaiserlichen Reichs- und die preussischen Staatsbehörden sich nicht zu Mitschuldigen an diesen Lügen und Gehässigkeiten machen, so werden sie — nachdem sie nun darauf aufmerksam gemacht sind — dagegen ungesäumt und entschieden einzuschreiten haben.“ Die „Nordd. Allg. Ztg.“ druckt daraufhin eine Reihe von Stellen aus der „Kreuztg.“

ab, die beweisen sollen, daß sie mit ihren Vorwürfen gegen die Konservativen und Agrarier recht habe, und schließt mit der Frage an die konservativen Parteileitung, ob sie bereit sei, die „Korresp.“ zum unumwundenen Widerruf zu veranlassen. — Wir haben von der gegenseitigen Pressefehde in Vorstehendem Notiz genommen, um unsere Leser auf dem Laufenden zu erhalten.

Deutsches Reich. Die Nachricht von der „Verjüngung der Armee“, die neulich berichtet wurde, schrumpft einfach dahin zusammen, daß ein Generalleutnant und fünf Generalmajors in Genehmigung ihres Abschiedsgesuches zur Disposition gestellt worden sind.

Offiziös verlautet, daß eine kurze Reichstagsession z. T. abermaligen Verlängerung des spanischen Handelsvertrags-Previsatoriums möglich sei. Spanien soll die Verlängerung des am 15. Mai ablaufenden Provisatoriums bis 15. August verlangt haben. Eine andere offiziöse Stimme meint dagegen, das sei unwahrscheinlich. Hätte die Regierung die Absicht, das Provisorium nochmals zu verlängern, so würde sie vom Reichstage vor Sessionsschluß dazu Vollmacht verlangt haben.

Zum Reichsstempelgesetz werden nunmehr im „Reichsanzeiger“ die genaue Ausführungsvorschriften veröffentlicht. Dieselben betreffen die Erhebungstellen und regeln dann im Einzelnen die Ausführung der Stempelung, sowie den Zahlungsmodus bei den Stempelabgaben und ferner die Erhebung und Verrechnung dieser Abgaben.

Dem Vernehmen nach werden der Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds demnächst Mittel zur Verfügung stehen, um die seit einiger Zeit eingestellte Gewährung von Darlehen an Gemeinden wieder aufnehmen zu können.

Der preuß. Kultusminister Dr. Boffe hat es abgelehnt, eine Deputation von nordschleswigschen Geistlichen zu empfangen, und ihnen anheimgestellt, die Bittschrift, betr. die Sprachenfrage, ihm zu überreichen.

An den Reichsanwalt hatte der Vorsitzende des Deutschen Apothekervereins eine Eingabe gerichtet, worin erjucht wurde, vor der endgiltigen Festsetzung der geplanten Apotheken-Ordnung die Beteiligten zu hören. Darauf ist folgende Antwort eingegangen: „Was die von Ew. Wohlgeborenen angelegte gutachtliche Anhörung von Interessenten aus dem Apothekerstande betrifft, so ist eine solche, und zwar vor der Feststellung des endgiltigen Entwurfs zu einem Apothekengesetz in Aussicht genommen. Im jetzigen Zeitpunkt sind die Verhandlungen noch nicht so weit gediehen, um bereits eine Besprechung des Gegenstandes mit Vertrauensmännern aus Apothekerkreisen angezeigt erscheinen zu lassen.“

Die „Nationalzeitung“ erfährt zuverlässig, zur Zeit sei keinerlei Aenderung in der Stellung des Reichsanwalters zum preussischen Ministerpräsidenten, insbesondere nicht die Wiedervereinigung der Ämter des Reichsanwalters und Ministerpräsidenten beabsichtigt.

Der „Börseencourier“ meldet: Der Staatsanwalt beim Landgericht II zu Berlin hat die Untersuchung wegen des Duells zwischen Riederer-Wächter und Polstorff eingeleitet.

Das Herrenhaus nahm mit großer Mehrheit die Vorlage, betr. den „Elbe-Trade-Kanal“, an. Im Laufe der Debatte erklärte Graf Waldersee, Lübeck habe stets zu Preußen gehalten, die Blüthe Lübecks komme auch Preußen zu Statten. Eine Schädigung der Forst- und Landwirtschaft vermöge er nicht zu erkennen. Auch das militärische Interesse an dem Canal sei erheblich. Der Finanzminister führte aus, die Canal seien ausschließlich vom Gesichtspunkte der Rentabilität aus zu bauen; die Vorlage eines allgemeinen Canalplanes sei unmöglich.

In München erregt die Entscheidung des Kaisers in Sachen der Schack-Galerie, wovon wir gestern unter den Telegrammen berichteten, ungeheure Freude. Die dasigen Magistrats- und Gemeinde-Collegien beschloßen in feierlicher,

gemeinsamer Sitzung einstimmig, eine gemeinschaftliche Deputation nach Berlin zu senden, um den Kaiser den Dank der Stadtgemeinde auszusprechen und Mitteilung davon zu machen, daß in der Gallerie Schack eine Marmortafel angebracht werden soll, welche den Inhalt des kaiserlichen Telegramms verewig.

In einem süddeutschen Blatte wird anlässlich der Verlobung der Prinzessin Alix von Hessen mit dem Großfürsten-Thronfolger von Rußland die Hoffnung ausgesprochen, daß sich das oft gesehene unerquickliche Schauspiel der Vergangenheit nicht wiederhole, daß deutsche evangelische Fürstentöchter ihr angestammtes Bekenntnis abschwören und sich einem neuen angeloben, dem sie fremd gegenüberstehen, nur, um als Großfürstinnen von Rußland ihren Einzug ins Zarenland zu halten. Nun, diese Hoffnung ist vollständig trügerisch. Der Uebertritt der Prinzessin Alix zum griechisch-katholischen Glauben der russischen Staatskirche, und zwar vor ihrer Vermählung mit dem russischen Thronfolger, ist vom Zaren zur unerlöschlichen Bedingung dieser Verbindung gemacht worden unter Berufung auf den von ihm im Jahre 1888 erlassenen Ukas, wonach die Gemahlin eines Großfürsten, der Ansprüche auf den Thron Rußlands besitzt, der griechischen Kirche angehören müsse. Es sind sehr ernste Versuche gemacht worden, um Kaiser Alexander III. zu bestimmen, im vorliegenden Falle von der Beobachtung dieser Vorschrift abzusehen oder wenigstens in eine Modifizierung derselben zu willigen. So ist zum Beispiel schon vor Jahren der Vermittlungsvorschlag aufgetaucht, daß die Prinzessin zunächst ihrem Glauben treu bleibe und daß sie erst später nach ihrer Vermählung „freiwillig“ zur griechischen Kirche überträte, wie es ihre Schwester, die Großfürstin Sergius, gethan hat. Denn schon zu Lebzeiten des Großherzogs Ludwig IV., des Vaters der jetzigen Braut, ist von dieser Verbindung sehr ernstlich die Rede gewesen, sie ist aber damals hauptsächlich an dieser Glaubensfrage gescheitert. Wenn der jetzige Großherzog, sicherlich nicht ohne die vorherige Zustimmung des deutschen Kaisers, hierin nachgegeben hat, so hängt dies wohl mit der in unseren maßgebenden Kreisen vorherrschenden Auffassung zusammen, daß sich die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland gegenwärtig erheblich genug gebessert hätten, um im Gegenseitigen Verhalten im Jahre 1891 ein Entgegenkommen bezüglich der Glaubensfrage im Sinne des Zaren zu rechtfertigen.

Für Herrn v. Bennigsen sammelt ein nationalliberaler Ausschuss im Auftrage der Fraktion Beiträge zu einem Ehrengeschenk, das ihm an seinem 70. Geburtstag (10. Juli) überreicht werden soll. Es handelt sich um „ein Kunstwerk, das in der Familie unseres allverehrten Führers als Denkmal seiner unvergesslichen Verdienste um die innere Wiederbelebung des Reiches für alle Zeiten bestehen bleibt.“

Der Reichstagsabgeordnete Liebermann von Sonnenberg hat auf den 29. April einen deutsch-sozialen Parteitag für die thüringischen Staaten, die Provinz Sachsen und das Herzogthum Anhalt nach Erfurt einberufen. Eingeladen ist jeder Antihemit deutsch-sozialer Richtung, welcher in dem angegebenen Gebiete wohnhaft ist. Die Beratungen finden im „Vogels Garten“ statt und nehmen Sonntag Vormittag um 11 Uhr ihren Anfang. Am Abend vorher spricht Herr von Liebermann in einer Volksversammlung, ebenfalls in „Vogels Garten“, über „Brennende Fragen.“

Oesterreich-Ungarn. In Wien hat dieser Tage eine Sitzung der Zoll-Konferenz wegen des Handelsvertrages mit Rußland stattgefunden. Auch die letzten Bedenken, die von ungarischer Seite sich geltend machten, wurden beseitigt, so daß eine vollständige Einigung erzielt wurde. Es bleibt nur noch die Feststellung des Textes übrig, und diese soll in Petersburg vor sich gehen.